Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

Die neue Volkspartei
Rudolfsheim-Fünfhaus

Antrag

Gewährleistung einer barrierefreien Baustelle im zweiten Abschnitt des Umbaus der Äußeren Mariahilfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25. Juni 2026 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, auch während des zweiten Abschnitts der Umgestaltung der Äußeren Mariahilfer Straße zwischen Clementinengasse und Anschützgasse eine möglichst umfassende Barrierefreiheit im Bereich der Baustelle sicherzustellen und dabei insbesondere auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen, Familien mit Kinderwägen sowie mobilitätseingeschränkten Personen Bedacht zu nehmen.

Begründung:

Mit dem zweiten Abschnitt der Umgestaltung der Äußeren Mariahilfer Straße wird eines der größten Straßenprojekte im Bezirk fortgesetzt. Die umfassenden Bauarbeiten werden sich über einen längeren Zeitraum erstrecken und betreffen einen stark frequentierten Bereich des öffentlichen Raums. Gerade während längerer Baustellenphasen ist es wesentlich, dass sichere und möglichst barrierefreie Wegeführungen für Fußgängerinnen und Fußgänger gewährleistet bleiben. Insbesondere Menschen mit eingeschränkter Mobilität, ältere Personen oder Familien mit Kinderwägen sind auf gut zugängliche und klar erkennbare Ausweichmöglichkeiten angewiesen. Die Sicherstellung einer möglichst barrierefreien Baustellenführung würde daher einen wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit, zur Zugänglichkeit des öffentlichen Raums sowie zur sozialen Teilhabe während der Bauphase leisten.

BR Felix Ofner, MA
Bezirksparteiobmann

BR Ahmet Bozkurt, MA
Klubobmann

ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus
Lichtenfelsgasse 7
1010 Wien

1150@wien.oevp.at
+43 1 51543 1150

Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

Die neue Volkspartei
Rudolfsheim-Fünfhaus

Antrag

Aufstellung zusätzlicher Mistkübel im Auer-Welsbach-Park

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25. Juni 2026 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, ob im Bereich des Auer-Welsbach-Parks zusätzliche Mistkübel aufgestellt werden können, und diese Maßnahme bei positiver Prüfung entsprechend umzusetzen.

Begründung:

Der Auer-Welsbach-Park zählt zu den wichtigsten und meistgenutzten Grün- und Freizeitflächen im Bezirk und wird insbesondere in den Sommermonaten von zahlreichen Familien, Kindern sowie weiteren Besucherinnen und Besuchern intensiv genutzt. Aus Rückmeldungen von Anrainerinnen und Anrainern geht hervor, dass die bestehenden Mistkübel im Park, insbesondere während der Sommermonate, regelmäßig überfüllt sind. Dies beeinträchtigt sowohl die Sauberkeit als auch die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Die Aufstellung zusätzlicher Mistkübel könnte einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Sauberkeit und zur Entlastung der bestehenden Entsorgungsmöglichkeiten leisten. Gleichzeitig würde dadurch die Aufenthaltsqualität im Auer-Welsbach-Park nachhaltig verbessert und ein gepflegtes Erscheinungsbild des Parks unterstützt.

BR Felix Ofner, MA
Bezirksparteiobmann

BR Ahmet Bozkurt, MA
Klubobmann

ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus
Lichtenfelsgasse 7
1010 Wien

1150@wien.oevp.at
+43 1 51543 1150

Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

Die neue Volkspartei
Rudolfsheim-Fünfhaus

Antrag

Installation von Pedaltrainern für Seniorinnen und Senioren in öffentlichen Parkanlagen im 15. Wiener Gemeindebezirk

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25. Juni 2026 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, an welchen geeigneten Standorten in öffentlichen Parkanlagen des 15. Wiener Gemeindebezirks Pedaltrainer beziehungsweise generationenfreundliche Bewegungsgeräte für Seniorinnen und Senioren installiert werden können, und diese bei positiver Prüfung entsprechend umzusetzen.

Um Zuweisung in die Bezirksentwicklungskommission wird ersucht.

Begründung:

Regelmäßige Bewegung leistet einen wesentlichen Beitrag zur körperlichen und geistigen Gesundheit sowie zur Erhaltung der Selbstständigkeit im Alter. Niederschwellige Bewegungsangebote im öffentlichen Raum ermöglichen insbesondere älteren Menschen, unkompliziert und kostenlos körperlich aktiv zu bleiben. Pedaltrainer und vergleichbare generationenfreundliche Bewegungsgeräte fördern insbesondere die Beweglichkeit der Gelenke, die Durchblutung, die Koordination sowie die allgemeine Mobilität. Gleichzeitig schaffen solche Bewegungsangebote zusätzliche Begegnungsräume im öffentlichen Raum und fördern den generationenübergreifenden Aufenthalt in Parkanlagen. Die Stadt Wien verfügt bereits in mehreren Bezirken über sogenannte Aktiv-Parks und generationenfreundliche Bewegungsangebote, die von der Bevölkerung sehr gut angenommen werden. Eine Ausweitung solcher niederschwelligen Gesundheits- und Bewegungsangebote auf geeignete Standorte im 15. Wiener Gemeindebezirk erscheint daher sinnvoll und zeitgemäß.



BR Felix Ofner, MA
Bezirksparteiobmann

BR Ahmet Bozkurt, MA
Klubobmann

ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus
Lichtenfelsgasse 7
1010 Wien

1150@wien.oevp.at
+43 1 51543 1150

Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

Die neue Volkspartei
Rudolfsheim-Fünfhaus

Antrag

Einrichtung von „Plauderbankerln“ im 15. Wiener Gemeindebezirk

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25. Juni 2026 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, welche bestehenden Sitzbänke im 15. Wiener Gemeindebezirk, insbesondere im Bereich von Pensionistenwohnhäusern und Senioreneinrichtungen, sich für die Einrichtung sogenannter „Plauderbankerln“ eignen, und diese bei positiver Prüfung entsprechend mit einer Hinweistafel oder Plakette zu versehen.

Um Zuweisung in die Bezirksentwicklungskommission wird ersucht.

Begründung:

Einsamkeit und soziale Isolation stellen insbesondere für ältere Menschen zunehmend eine gesellschaftliche Herausforderung dar. Niederschwellige Möglichkeiten zur Begegnung und zum spontanen Austausch im öffentlichen Raum können einen wichtigen Beitrag zum sozialen Miteinander und zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls leisten. Das Konzept der sogenannten „Plauderbankerln“ verfolgt genau diesen Ansatz. Durch eine sichtbare Kennzeichnung wird signalisiert, dass auf diesen Sitzbänken Gespräche und zwischenmenschlicher Austausch ausdrücklich willkommen sind. Dadurch können unkompliziert neue Kontakte entstehen und soziale Begegnungen im Alltag gefördert werden. Gerade in einem dicht verbauten Bezirk wie Rudolfsheim-Fünfhaus erscheint die Einrichtung solcher Begegnungsorte als sinnvoller und niederschwelliger Beitrag zur Förderung des sozialen Zusammenhalts und zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum.

BR Felix Ofner, MA
Bezirksparteiobmann

BR Ahmet Bozkurt, MA
Klubobmann

ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus
Lichtenfelsgasse 7
1010 Wien

1150@wien.oevp.at
+43 1 51543 1150

Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

Die neue Volkspartei
Rudolfsheim-Fünfhaus

Antrag

Gegen die Verkleinerung von Schanigärten auf der äußeren Mariahilfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25 Juni 2026 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, im Zuge der Umgestaltung der äußeren Mariahilfer Straße sicherzustellen, dass bestehende Schanigärten in ihrem bisherigen Ausmaß erhalten bleiben und es zu keiner Verkleinerung kommt.

Begründung:

Die Gastronomiebetriebe entlang der äußeren Mariahilfer Straße leisten einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität und Belebung des Bezirks. Schanigärten sind dabei nicht nur ein wesentlicher wirtschaftlicher Faktor für unseren Betriebe, sondern tragen auch maßgeblich zur Aufenthaltsqualität und zum lebendigen Charakter des öffentlichen Raums bei.

Bereits im Zuge der Umgestaltungsmaßnahmen des ersten Abschnitts der Äußeren Mariahilfer Straße wurden bestehender Schanigartenflächen einzelner Betriebe verkleinert. Nun droht diese Entwicklung erneut beim zweiten Abschnitt.

Gerade vor dem Hintergrund steigender Kosten und herausfordernder wirtschaftlicher Rahmenbedingungen wollen wir Gastronomiebetriebe entlasten und nicht durch den Verlust von Sitzplätzen zusätzlich belasten. Die Erhaltung der bestehenden Schanigartenflächen schafft Planungssicherheit für die betroffenen Betriebe und unterstützt unsere lokalen Unternehmer bei ihrem wichtigen Beitrag für das Leben in unserem Bezirk.

Ziel muss es sein, die äußere Mariahilfer Straße sowohl für Anrainer als auch für Besucher und Unternehmer zu verbessern. Das Angebot der lokalen Gastronomiebetriebe darf dabei nicht als Fremdkörper, sondern als wichtige Säule der Attraktivität unserer Einkaufsstraße gesehen werden.

BR Felix Ofner, MA
Bezirksparteiobmann

BR Ahmet Bozkurt, MA
Klubobmann

ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus
Lichtenfelsgasse 7
1010 Wien

1150@wien.oevp.at
+43 1 51543 1150

Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

Die neue Volkspartei
Rudolfsheim-Fünfhaus

Antrag

Errichtung zusätzlicher Schaukeln im Auer-Welsbach-Park

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25. Juni 2026 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, ob im Bereich des Kinderspielplatzes im Auer-Welsbach-Park zusätzliche Schaukeln errichtet werden können, und diese Maßnahme bei positiver Prüfung entsprechend umzusetzen.

Begründung:

Der Auer-Welsbach-Park zählt zu den wichtigsten und meistgenutzten Grün- und Freizeitflächen im Bezirk Rudolfsheim-Fünfhaus und wird insbesondere von Familien mit Kindern intensiv genutzt. Aus Rückmeldungen von Anrainerinnen und Anrainern geht hervor, dass die bestehenden Schaukeln am Spielplatz regelmäßig stark ausgelastet sind und es dadurch häufig zu längeren Wartezeiten kommt. Gerade für Kinder stellen Schaukeln ein besonders beliebtes Spiel- und Bewegungsangebot dar, das wesentlich zur Attraktivität und Aufenthaltsqualität eines Spielplatzes beiträgt. Im unmittelbaren Bereich der bestehenden Schaukeln gibt es ausreichend Platz, um zusätzliche Schaukelmöglichkeiten zu schaffen. Die Errichtung weiterer Schaukeln würde daher einen niederschwelligen und zugleich wirkungsvollen Beitrag zur Verbesserung der Spiel- und Freizeitqualität für Kinder im Bezirk leisten und Rudolfsheim-Fünfhaus zu einem familienfreundlicheren Bezirk machen.

BR Felix Ofner, MA
Bezirksparteiobmann

BR Ahmet Bozkurt, MA
Klubobmann

ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus
Lichtenfelsgasse 7
1010 Wien

1150@wien.oevp.at
+43 1 51543 1150

Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

Die neue Volkspartei
Rudolfsheim-Fünfhaus

Antrag

Installation von Wickeltischen auf Spielplätzen im 15. Wiener Gemeindebezirk

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25. Juni 2026 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht die Errichtung von öffentlichen Wickeltischen auf den Spielplätzen in Rudolfsheim-Fünfhaus zu prüfen.

Begründung:

Die Spielplätze im 15. Bezirk werden von zahlreichen Familien mit kleinen Kindern genutzt. Unser Ziel ist ein Bezirk, in dem sich Familien willkommen fühlen. Grün- und Freiflächen spielen dabei eine besonders große Rolle. Kinder brauchen die Bewegung und die frische Luft. Mit Wickeltischen wollen wir es Eltern noch einmal leichter machen, den Kindern schnell und unkompliziert die Windeln zu wechseln und die Spielplätze im 15. Bezirk noch besser nutzen zu können.

Wickeltische gibt es bereits in anderen Städten, wie Bregenz und Innsbruck. Sie bieten Sonnen- und Sichtschutz und ermöglichen das Windelwechseln in einer angenehmen Höhe. Sie werden entweder in der Nähe eines Mistkübels oder gemeinsam mit einem eigenen Abfallbehälter aufgestellt.



Muster, Stadt Monheim am Rhein, Foto: Stephanie Docter

BR Felix Ofner, MA
Bezirksparteiobmann

BR Ahmet Bozkurt, MA
Klubobmann

ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus
Lichtenfelsgasse 7
1010 Wien

1150@wien.oevp.at
+43 1 51543 1150

Der unterzeichnende Bezirksrät, Didi Zach, stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen Wien für die Sitzung am 25. Juni 2026 folgenden Antrag.

Supergrätzl für Rudolfsheim-Fünfhaus auf Schiene bringen

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständige(n) Magistratsabteilung(en) der Stadt Wien die Möglichkeit der Schaffung von 2 Supergrätzeln in Rudolfsheim-Fünfhaus zu prüfen.

Um Zuweisung an die Verkehrs- und Mobilitätskommission wird ersucht – diese möge sich zugleich, basierend auf den Diskussionen im Jahr 2022 - über 2 oder mehrere konkrete Gebiete für solche Projekte Gedanken machen.

Erläuterung und Begründung:

Superblocks bzw. Supergrätzl bezeichnet ein Konzept der städtischen Verkehrsplanung und dient unter anderem der Verkehrsberuhigung von Wohnquartieren. Durch geeignete Mittel wird Kraftverkehr an der Durchquerung gehindert und zurück auf Hauptverkehrsstraßen geleitet. Dadurch wird die Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität für die Bewohner des Wohnquartiers gesteigert.

Bereits 2021 wurde mit den Plänungen für ein erstes Wiener Supergrätzl in Favoriten begonnen. Das Projekt ist mittlerweile hoch-offiziell eröffnet. Für das Supergrätzl Favoriten erhielt die Stadt Wien bereits mehrere Auszeichnungen und Preise.

Weiterführende Infos siehe https://www.wien.gv.at/stadtplanung/supergraetzl-favoriten

Die unterzeichneten Bezirksrät*innen der Fraktion KPÖ-LINKS stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 25.06.2026 gemäß §24 GO-BV den folgenden Antrag

betreffend Österreichisches Baukartell – Prüfung und Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Stadt Wien

Antrag

Die zuständige Stadträtin für Finanzen VBgm. Barbara Novak sowie die zuständige Stadträtin für Wohnen Elke Hanel-Torsch werden ersucht, durch die zuständigen Magistratsdienststellen und stadtnahen Unternehmen prüfen zu lassen, welche Bauaufträge im Zeitraum 2002–2017 an am Baukartell beteiligte Unternehmen – insbesondere PORR AG, STRABAG SE sowie deren Tochtergesellschaften – vergeben wurden.

Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob und in welcher Höhe Schadenersatzansprüche gegenüber den Kartellbeteiligten bestehen und geltend gemacht werden können – gegebenenfalls unter Inanspruchnahme eines Prozessfinanzierers, der das finanzielle Risiko vollständig übernimmt.

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht, über das Ergebnis dieser Prüfung sowie über allfällige eingeleitete Schritte informiert zu werden.

Begründung

Von 2002 bis 2017 haben mindestens 40 österreichische Bauunternehmen bei über 2.400 Ausschreibungen illegale Preisabsprachen betrieben. Die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) bezeichnete dies als das größte Kartell der Zweiten Republik. Durch Deckangebote und koordinierte Angebotsverweigerungen wurden Preise um geschätzte 20–30 % künstlich erhöht. Das Kartellgericht hat Strafen von knapp 300 Millionen Euro verhängt – allein gegen STRABAG 146 Mio. €, gegen PORR 62,4 Mio. €.

Entscheidend ist: Im Kartellgerichtsbeschluss gegen die STRABAG (26 Kt 5/21m) ist das Land Wien namentlich als Geschädigte angeführt. Die Betroffenheit der Stadt ist damit nicht bloß wahrscheinlich, sondern gerichtlich dokumentiert. Bauaufträge werden in Wien zentral durch die Magistratsabteilungen vergeben.

Andere Bundesländer handeln bereits: Das Land Steiermark hat im Februar 2025 eine erste Schadenersatzklage über rund 1,9 Millionen Euro eingebracht. Das Land Tirol hat ein betroffenes Bauvolumen von rund 70 Millionen Euro identifiziert. Der Österreichische Gemeindebund hat 2025 gemeinsam mit dem Prozessfinanzierer Litfin und der Bundesbeschaffungsgesellschaft (BBG) ein Modell etabliert, das Schadenersatzklagen ohne finanzielles Risiko für die öffentliche Hand ermöglicht.

KPÖ LINKS

Mit dem rechtskräftigen Abschluss des letzten Kartellverfahrens (STRABAG, März 2026) ist die Hemmung der Verjährungsfrist weggefallen. Handlungsbedarf besteht daher zeitnah.



Die unterzeichnenten Bezirksrät*innen von KPÖ/LINKS Rudolfsheim-Fünfhaus stellen gemäß § 24 der GO-BV in der Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus am 25.06.2026 den folgenden

ANTRAG

betreffend

MIGRANT*INNEN-BEIRAT IN RUDOLFSHEIM-FÜNFHAUS

Bezirksvorsteher Dietmar Baurecht wird ersucht, in Abstimmung mit den Stadträt:innen Mag.a Bettina Emmerling (Integration) und Mag. Jürgen Czernohorzsky (Demokratie) und den zuständigen Magistratischen Dienststellen die Einführung eines Migrant:innen-Beirats (Menschen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft) in Rudolfsheim-Fünfhaus zu prüfen, um diesen Bewohner:innen die Möglichkeit zu geben, das Bezirksgeschehen aktiv mitzubestimmen und damit ein echtes Mitspracherecht in die politische Gestaltung des Bezirks zu bekommen.

Begründung

In Rudolfsheim-Fünfhaus hat bereits seit 2015 mehr als die Hälfte der Bevölkerung keinen österreichischen Pass und ist damit von Wahlen ausgeschlossen. Bestehende Beteiligungsangebote sind nicht in der Stadtverfassung verankert und haben keinen Rechtsanspruch auf Durchführung. Ein Migrant:innen-Beirat würde diesen Bewohner:innen echte Mitbestimmung ermöglichen.

Ähnliche Modelle existieren bereits in Linz und Graz sowie in zahlreichen europäischen Städten. Die Fraktion KPÖ und LINKS hat auf der Wieden (4. Bezirk) im März 2025 einen gleichlautenden Antrag eingebracht. Da Bezirksvorsteher Baurecht selbst öffentlich mehr Mitbestimmung für alle Bezirksbewohner:innen gefordert hat, ersucht die Bezirksvertretung ihn, diesen Worten nun Taten folgen zu lassen.



Die unterzeichneten Bezirksrät*innen der Fraktion KPÖ-LINKS stellen in der Bezirksvertretungs-Sitzung vom 26.03.2026 gemäß §24 GO-BV den folgenden Antrag

Durchführung einer Sozialraumanalyse im Bereich Westbahnhof

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, die sozialen Problemlagen im Zusammenhang mit Raumnutzung im Bereich des Westbahnhofs zu analysieren und Empfehlungen von Fachpersonal einzuholen. Zu diesem Zweck sollte das Team Focus des Fonds Soziales Wien oder eine vergleichbare fachlich qualifizierte Einrichtung mit der Durchführung einer Sozialraumanalyse beauftragt werden.

Begründung

Der Bereich rund um den Westbahnhof ist seit längerer Zeit Gegenstand öffentlicher Debatten und politischer Maßnahmen. Zuletzt wurde dort eine Alkoholverbotszone eingerichtet. Die Diskussionen konzentrieren sich dabei häufig auf Fragen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie auf Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum.

Gleichzeitig bleibt vielfach unklar, welche konkreten sozialen Problemlagen vor Ort bestehen und welche Personengruppen von den Maßnahmen betroffen sind. Im Umfeld des Westbahnhofs halten sich unter anderem suchtkranke und wohnungslose Menschen sowie andere gesellschaftlich marginalisierte Gruppen auf. Die jeweiligen Problemlagen und Unterstützungsbedarfe unterscheiden sich jedoch erheblich und erfordern unterschiedliche fachliche Zugänge.

Für eine sachliche und evidenzbasierte Diskussion ist daher eine genauere Analyse der Situation notwendig. Insbesondere sollte untersucht werden:

- welche Personengruppen den öffentlichen Raum rund um den Westbahnhof nutzen,
- welche sozialen Problemlagen und Nutzungskonflikte bestehen,
- welche Auswirkungen bestehende Maßnahmen auf die betroffenen Personen und das Umfeld haben,
- welche Unterstützungsangebote vorhanden sind und wo Versorgungslücken bestehen,
- welche sozialpolitischen, sozialarbeiterischen oder städteplanerischen Maßnahmen aus fachlicher Sicht empfohlen werden.

Eine Sozialraumanalyse kann damit eine fundierte Grundlage für zukünftige Entscheidungen schaffen und dazu beitragen, Maßnahmen zielgerichtet an den tatsächlichen Problemlagen auszurichten. Das Team Focus des Fonds Soziales Wien verfügt über Erfahrung in der Durchführung vergleichbarer Untersuchungen im öffentlichen Raum und könnte hierfür als fachlich geeignete Stelle herangezogen werden.



Die unterzeichnenten Bezirksrät*innen von KPÖ/LINKS Rudolfsheim-Fünfhaus stellen gemäß § 24 der GO-BV in der Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus am 25.06.2026 den folgenden

ANTRAG

Betreffend: Mehr Verkehrssicherheit Kreuzung Tannengasse/Märzstraße (Reithofferpark)

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke, Ulli Sima, sowie die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien (insbesondere die MA 46 – Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) werden ersucht,

1. die Errichtung eines Schutzwegs (Zebrastreifen) bei der Kreuzung Tannengasse/Märzstraße auf Höhe des Reithofferparks zu prüfen;
2. bei der bestehenden Stop-Tafel an der Ausfahrt der Tannengasse in die Märzstraße die gemäß § 14 Bodenmarkierungsverordnung vorgesehene Haltelinie anzubringen.

Begründung:

Die Kreuzung Tannengasse/Märzstraße beim Reithofferpark gilt seit Jahren als neuralgischer Punkt für die Verkehrssicherheit; die Märzstraße wurde in diesem Abschnitt wiederholt als wienweit bekannte Raserstrecke beschrieben. Im Zuge der Umgestaltung 2022 wurde das Kreuzungsplateau Tannengasse/Märzstraße mit Gehsteigvorziehungen versehen, um Sichtweiten zu erhöhen und Querungslängen zu reduzieren – eine Markierung des Schutzwegs erfolgte dabei jedoch nicht. Angesichts der hohen Frequenz an Kindern und Familien, die den Reithofferpark als zentrale Grün- und Spielfläche im dicht besiedelten Grätzel queren, ist eine entsprechende Prüfung naheliegend.

An der Ausfahrt Tannengasse in die Märzstraße befindet sich bereits eine Stop-Tafel, jedoch keine Haltelinie. Gemäß § 14 Bodenmarkierungsverordnung ist die Haltelinie genau an jener Stelle anzubringen, von der aus die erforderlichen Sichtweiten gegeben sind. Ohne diese Markierung ist für den ausfahrenden Verkehr nicht klar definiert, wo anzuhalten ist, um freie Sicht auf die Märzstraße und insbesondere auf Fußgänger:innen am Parkeingang zu haben. Die Nachrüstung der Haltelinie ist technisch unaufwändig und unmittelbar umsetzbar.



Die unterzeichneten Bezirksrät*innen der Fraktion KPÖ und LINKS stellen in der Bezirksvertretungs-Sitzung vom 25.06.2026 gemäß §24 GO-BV den folgenden Antrag

betreffend Umbenennung der Robert-Hamerling-Gasse in »Lili-Grün-Gasse«

Antrag

Die Bezirksvertretung ersucht die zuständigen Dienststellen – insbesondere die MA 7 (Kulturabteilung der Stadt Wien) –, das Prüfverfahren zur Umbenennung der Robert-Hamerling-Gasse in »Lili-Grün-Gasse« einzuleiten und die Umbenennung dem Gemeinderatsausschuss für Kultur und Wissenschaft zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung

Lili Grün (1904–1942) war eine österreichische Schriftstellerin, Kabarettistin und politische Aktivistin, die in Rudolfsheim-Fünfhaus aufwuchs. Die Familie lebte ab 1909 in der Arnsteingasse 33, unweit der Robert-Hamerling-Gasse. Als Aktivistin in der Arbeiterkulturbewegung des Roten Wien veröffentlichte sie u. a. den Roman »Alles ist Jazz« (1930). 1938 wurde sie nach dem Anschluss in Wien in ein Massenquartier übersiedelt, bevor sie nach Theresienstadt deportiert und 1942 in Maly Trostinez ermordet wurde. Die Benennung der Robert-Hamerling-Gasse nach Lili Grün verknüpft damit den Straßennamen mit ihrem konkreten Lebensraum im Bezirk – und setzt ein sichtbares Zeichen antifaschistischer und feministischer Erinnerungskultur.

Gleichzeitig ist die Umbenennung aus erinnerungspolitischen Gründen geboten: Robert Hamerling (1830–1889), der Namensgeber der Gasse, war ein Schriftsteller, dessen Werk von antisemitischen Stereotypen durchzogen ist – besonders in seinem Epos »Homunculus« (1888). Eine Historiker*innen-Kommission stufte 2021 alle nach ihm benannten Orte in Wien als „Fälle mit Diskussionsbedarf“ ein. Der Hamerlingpark im 8. Bezirk wurde am 25. März 2026 durch Beschluss der dortigen Bezirksvertretung umbenannt. Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus schließt sich mit dem vorliegenden Antrag dieser Entwicklung an.



Die unterzeichneten Bezirksrät*innen der Fraktion KPÖ und LINKS stellen in der Bezirksvertretungs-Sitzung vom 25.06.2026 gemäß §24 GO-BV den folgenden Antrag

Betreffend Durchführung eines künstlerischen Wettbewerbs für Vorrichtungen zur Ablage von Pfandflaschen im Bezirk nach dem Vorbild der „Pfandkellner"-Initiative in den Bezirken Neubau und Josefstadt

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht den Bezirksvorsteher, gemeinsam mit lokalen Interessenvertretungen, Gewerbetreibenden, Kunst- und Kulturschaffenden sowie weiteren geeigneten Partnern die Durchführung eines künstlerischen Wettbewerbs für Vorrichtungen zur Ablage von Pfandflaschen zu prüfen und im Bezirk zu realisieren, nach dem Vorbild der in den Bezirken Neubau und Josefstadt gestarteten „Pfandkellner"-Aktion.

Dabei sollen geeignete Standorte im öffentlichen Raum identifiziert werden, an denen die im Rahmen des Wettbewerbs entstehenden Vorrichtungen zur geordneten Ablage von Pfandflaschen und Dosen angebracht werden können. Als mögliche Standorte für eine erste Umsetzung kommen insbesondere die Märzstraße und die Reindorfgasse in Betracht und sollen im Rahmen der Prüfung vorrangig berücksichtigt werden. Die im Wettbewerb entstehenden Gestaltungen sollen dazu beitragen, das Bewusstsein für Kreislaufwirtschaft, Ressourcenschonung und einen respektvollen Umgang mit Pfandsammlerinnen und Pfandsammlern zu fördern.

Die Bezirksvertretung ersucht den Bezirksvorsteher weiters, ihr über die Ergebnisse der Prüfung sowie über mögliche Umsetzungsschritte Bericht zu erstatten.

Begründung

Wie der Presseberichterstattung (Kurier, 17.06.2026 bzw. ORF Wien heute 16.06.2026) zu entnehmen ist, werden in den Bezirken Neubau und Josefstadt entlang der Lerchenfelder Straße sogenannte „Pfandkellner" aufgestellt. Dabei handelt es sich um künstlerisch gestaltete Vorrichtungen, die es ermöglichen, Pfandflaschen und Dosen sichtbar und hygienisch abzustellen, anstatt diese in Mistkübel zu werfen.

Die Initiative verbindet soziale, ökologische und kulturelle Aspekte: Sie erleichtert das Sammeln von Pfandgebinden, reduziert Abfall, stärkt die Kreislaufwirtschaft und trägt zu einem respektvollen Umgang mit Menschen bei, die Pfandgebinde sammeln. Gleichzeitig wird durch die künstlerische Gestaltung die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die Themen Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung gelenkt.

KPÖ LINKS

Auch in unserem Bezirk könnte ein künstlerischer Wettbewerb für Vorrichtungen zur Ablage von Pfandflaschen einen wertvollen Beitrag zur Förderung der Kreislaufwirtschaft leisten und das Bezirksbild positiv bereichern. Ein offener Wettbewerb würde darüber hinaus die Möglichkeit bieten, lokale Kunst- und Kulturschaffende aktiv einzubinden. Daher erscheint eine Prüfung und möglichst zeitnahe Umsetzung sinnvoll und zweckmäßig.

Aus Kurier vom 17.06.2026



Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten BezirksrätInnen in der Sitzung am 25.06.2026 nachstehenden

ANTRAG

Betreff: Prüfung der Einführung einer Tempo-30-Zone in der Avedikstraße

Die zuständigen Fachabteilungen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, ob und mit welchen verkehrsorganisatorischen Maßnahmen in der Avedikstraße eine Tempo-30-Zone (bzw. eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf maximal 30 km/h) verordnet werden kann.

Begründung:

Die Avedikstraße im 15. Wiener Gemeindebezirk ist ein wichtiger Bestandteil des lokalen Straßennetzes im Grätzl nahe dem Westbahnhof und verbindet Wohngebiete mit zentralen Wegen. Aktuell gilt in diesem Bereich die gesetzliche Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h.

Durch die unübersichtlichen Kreuzungssituationen kommt es im Straßenverlauf regelmäßig zu gefährlichen Situationen. Eine Reduzierung der erlaubten Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h trägt maßgeblich zur Erhöhung der Verkehrssicherheit bei.



Jakob Jensen-Lehner

Klubobmann SPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus

Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten BezirksrätInnen in der Sitzung am 25.06.2026 nachstehenden

ANTRAG

Antrag zur Prüfung einer Gehsteigverbreiterung am Äußeren Mariahilfer Gürtel im Bereich der U6-Station Gumpendorfer Straße auf Seite des 15. Wiener Gemeindebezirks

Die zuständigen Fachdienststellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, wie der Gehsteigbereich am Äußeren Mariahilfer Gürtel im unmittelbaren Stationsbereich der U6 Gumpendorfer Straße auf Seite des 15. Bezirks verbreitert werden kann. Dabei soll insbesondere die Engstelle im Bereich der bestehenden Fußgängerströme im Ein- und Ausgangsbereich zu den Wiener Linien angepasst werden.

Begründung:

Der Bereich rund um die U6-Station Gumpendorfer Straße ist einer der am stärksten frequentierten Knotenpunkte an der Grenze zwischen dem 6. und 15. Bezirk. Täglich nutzen tausende Menschen diesen Weg als Umsteigepunkt, Schulweg oder Zugang ins Grätzl.

Für den 15. Bezirk ist vor allem die Verbindung von der U6 Station Gumpendorfer Straße über die Clementinengasse in die Äußere Mariahilfer Straße eine sehr gute Fußgänger:innen-Verbindung. Mit der klimafitten Umgestaltung der Äußeren Mariahilfer Straße und der im Zuge damit verbundenen Verkehrsberuhigung der Clementinengasse (Sackgassenlösung zwischen Fünfhausgasse und Äußerer Mariahilfer Straße) soll eine Verbesserung für Benutzer:innen der Öffentlichen Verkehrsbetriebe, Anwohner:innen und Schüler:innen unternommen werden.

Jakob Jensen-Lehner

Klubobmann SPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus

SPÖ RUDOLFSHEIM-FÜNFHAUS

Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen in der Sitzung 25.06.2026 nachstehenden

ANTRAG

Anbringung gendergerechter Piktogramme zur Förderung der gleichberechtigten Nutzung von Ballspielkäfigen im Bezirk

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien um die Entwicklung und Anbringung von

- niederschwelligen, leicht verständlichen Piktogrammen an Ballspielkäfigen und vergleichbaren Sportflächen im Bezirk, die auf verschiedene mögliche Nutzungen dieser Flächen hinweisen.
- Diese Piktogramme sollen insbesondere auch Nutzungsformen sichtbar machen, die häufig von Mädchen und Frauen ausgeübt werden, und dadurch zu einer vielfältigeren und inklusiveren Nutzung der Anlagen beitragen.
- Die Gestaltung soll gendersensibel, leicht lesbar und intuitiv verständlich sein.

Ziel ist es, durch klare visuelle Hinweise zu vermitteln, dass Ballspielkäfige und ähnliche Anlagen allen Kindern und Jugendlichen offenstehen und für unterschiedliche Bewegungs- und Freizeitaktivitäten genutzt werden können.

Die zuständige Magistratsabteilung der Stadt Wien wird um Prüfung einer solchen Maßnahme gebeten.

Begründung:

In dicht bebauten Bezirken mit kleinen Parks und begrenzten Freiflächen stehen viele unterschiedliche Nutzer:innen unter starkem Nutzungsdruck. Häufig setzen sich dabei die lauteren oder körperlich stärkeren Gruppen durch. Während bei kleinen Kindern am Spielplatz meist noch auf Fairness und Chancengleichheit geachtet wird, verändert sich dies mit zunehmendem Alter.

Viele Sportangebote im öffentlichen Raum, insbesondere Ballspielkäfige, sind stark an den Bewegungsinteressen von Buben und Männern ausgerichtet. In der Praxis entsteht dort häufig ein informelles „Dschungelgesetz“: Wenn ältere oder stärkere Jugendliche kommen, müssen jüngere Kinder den Platz räumen. Mädchen werden dabei oft zusätzlich benachteiligt oder fühlen sich gar nicht erst angesprochen.

Dies führt dazu, dass Mädchen öffentliche Sport- und Bewegungsflächen deutlich seltener nutzen und sich teilweise aus diesen Räumen zurückziehen. Studien und Befragungen zeigen, dass Mädchen häufiger den Wunsch nach vielfältigeren Nutzungsformen und einer Atmosphäre äußern, in der unterschiedliche Aktivitäten selbstverständlich nebeneinander stattfinden können.

Piktogramme, die verschiedene mögliche Nutzungen sichtbar machen, können hier eine einfache und niederschwellige Orientierung bieten. Sie signalisieren klar, dass diese Flächen nicht ausschließlich für Fußball oder klassische Ballspiele gedacht sind, sondern allen Kindern und Jugendlichen offenstehen.

Damit wird auch präventiv Konflikten zwischen unterschiedlichen Nutzer:innen entgegengewirkt. Gleichzeitig wird ein wichtiger Beitrag zur geschlechtergerechten Gestaltung des öffentlichen Raums geleistet.

Die Anbringung solcher Piktogramme stellt eine einfache, kostengünstige und wirksame Maßnahme dar, um die gleichberechtigte Nutzung von Sport- und Freizeitflächen im Bezirk zu fördern und insbesondere Mädchen stärker zur Nutzung dieser Räume zu ermutigen.



Jakob Jensen-Lehner

Klubobmann SPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus

SPÖ RUDOLFSHEIM-FÜNFHAUS

Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen in der Sitzung 25.06.2026 nachstehenden

ANTRAG

Anbringung von Infotafeln in der Robert-Hamerling-Gasse

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, in der Robert-Hamerling-Gasse Infotafeln über den namensgebenden Dichter und Schriftsteller anzubringen und so auf den Antisemitismus seiner Werke aufmerksam zu machen.

Begründung:

Das Werk des österreichischen Dichters und Schriftstellers Robert Hamerling (1830-1889) ist durchzogen von antisemitischen Stereotypen. Seine Darstellung von Frauen wurde ebenfalls kritisiert. Sein, selbst für diese Zeit, extremer Antisemitismus machte ihn unter den deutschnationalen Kräften im 19. Jahrhundert besonders populär (vgl. dazu Peter Autengruber, „Robert Hamerling“, in: Peter Autengruber/Oliver Rathkolb/Lisa Rettl/Walter Sauer, *Wiener Straßennamen. Ein kritisches Lesebuch*, 1. Ergänzungsband, Verein zur wissenschaflichen Aufarbeitung der Zeitgeschichte: 2021).

Die seit 1890 nach ihm benannte Robert-Hamerling-Gasse in Rudolfsheim-Fünfhaus ehrt diesen umstrittenen Schriftsteller seit nunmehr über 130 Jahren ohne jeden Kontext. Da nun nach mehrjähriger Diskussion im 8. Wiener Gemeindebezirk eine Umbenennung des dortigen Hamerlingparks beschlossen wurde, ist es auch an der Zeit in Rudolfsheim-Fünfhaus ein Zeichen zu setzen.



Jakob Jensen-Lehner
Klubobmann SPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus

Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen in der Sitzung am 25. Juni 2026 nachstehenden

ANTRAG

Errichtung eines „Wiener Straucherls“ auf der Grünfläche neben dem Bildungsgarten Kranzgasse

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien um die Errichtung eines „Wiener Straucherls“ (ca. 50 m² großes, naturnahes Strauchbiotop) auf der Grünfläche neben dem Bildungsgarten Kranzgasse.

Ziel ist es, die bestehende Grünfläche ökologisch aufzuwerten, ihre Aufenthaltsqualität zu erhöhen und einen Beitrag zur Förderung der Biodiversität im dicht verbauten Stadtgebiet zu leisten.

Begründung:

Das „Wiener Straucherl“ ist ein kleinräumiges, naturnahes Ökosystem, das aus verschiedenen heimischen Sträuchern besteht und sich an natürlich gewachsenen, dichten Heckenstrukturen orientiert. Es bietet wertvolle Lebensräume für zahlreiche Tier- und Insektenarten und trägt zur Verbesserung des Stadtklimas bei. Die dichte Bepflanzung sorgt für Abkühlung, verbessert die Luftqualität und schafft attraktive Grünräume für die Bevölkerung.

Die Grünfläche neben dem Bildungsgarten Kranzgasse eignet sich besonders für die Umsetzung eines solchen Projekts. Durch die Anlage eines Wiener Straucherls kann die Fläche deutlich aufgewertet und ihre Nutzung als attraktiver Aufenthaltsraum gesteigert werden.

Darüber hinaus wird die Fläche, die früher als Hundezone genutzt wurde, teilweise noch immer von Hundehaltern als solche verwendet. Dies führt zu einer Verunreinigung des Bodens und beeinträchtigt die Nutzbarkeit der Grünfläche. Durch die naturnahe Gestaltung und klare Aufwertung des Areals kann einer widmungswidrigen Nutzung entgegengewirkt und die Fläche ihrer eigentlichen Bestimmung als öffentlich zugänglicher Grünraum zugeführt werden.

Da das Wiener Straucherl speziell für Standorte entwickelt wurde, an denen die Errichtung eines Wiener Wäldchens aufgrund des begrenzten Platzangebots nicht möglich ist, stellt es für die gegenständliche Fläche eine besonders geeignete und nachhaltige Begrünungsmaßnahme dar.



Jakob Jensen-Lehner
Klubobmann SPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus

DIE GRÜNEN

GRÜNE ALTERNATIVE
RUDOLFSHEIM-
FÜNFHAUS

Wien, am
17.06.2026

Antrag
Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am 25.06.2026 nachstehenden Antrag:

Radfahren in der Ullmannstrasse. Gefahrenstellen vermeiden, Sichtbeziehungen herstellen

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien die Senkrechtparkmarkierung am Stellplatz Ullmannstraße 16-18 (östlich der Baumscheibe) durch eine Längsparkmarkierung zu ersetzen. Dies soll eine Gefahrenstelle entschärfen und Sichtbeziehungen verbessern.

Begründung

Die Ullmannstrasse ist eine wichtige Verbindung für den Radverkehr in und aus der Stadt. Gerade beim Radfahren gegen die Einbahn ist jedoch der Stellplatz auf Höhe Ullmannstraße 18 ein echtes Sichthinderniss und sorgt dafür das sich Radfahrende und der entgegenkommende KFZ-Verkehr viel zu spät sehen. Häufig parkende Lieferwägen an dieser Stelle verschärfen die Problemstelle.

Katharina Schöll-Laussermayer

Saskia Honisch-Knecht

DIE GRÜNEN

GRÜNE ALTERNATIVE RUDOLFSHEIM-FÜNFHAUS

Wien, am 17.06.2026

Antrag

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **25.06.2026** nachstehenden Antrag:

Verkehrssicherheit für Radfahrer:innen in der Siebeneichengasse

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien die Sichtbeziehungen bei der Garagenausfahrt in der Siebeneichengasse (Höhe Ordnungsnummer 12) zu verbessern.

Dies soll durch eine Neunutzung des direkt an der Garagenausfahrt liegenden Stellplatzes gelingen.

Begründung

Anrainer:innen berichten von einer Gefahrenstelle für Radfahrer:innen. Diese werden bei der Nutzung des Radstreifens aufgrund der direkt angrenzenden Stellplätze viel zu spät gesehen. Autofahrer:innen wird somit enorm erschwert die Sicherheit von Radfahrer:innen zu gewährleisten und Gefahrensituationen zu vermeiden. Auch Radfahrer:innen ist es kaum möglich ausfahrende Autos rechtzeitig zu erkennen und bei Bedarf abzubremsen.

Katharina Schöll-Laussermayer

Saskia Honisch-Knecht

DIE GRÜNEN

GRÜNE ALTERNATIVE

RUDOLFSHEIM-FÜNFHAUS

Wien, am 17.06.2026

Antrag

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am 25.06.2026 nachstehenden Antrag:

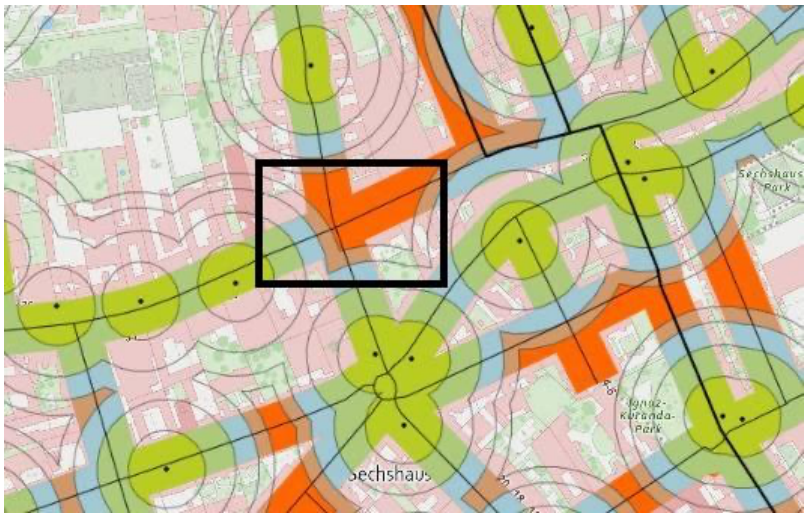
Lückenschluss Radabstellplätze Sechshauser Straße / Reindorfgasse

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien auf der Sechshauser Straße 50 / Ecke Reindorfgasse eine Radabstellanlage anzubringen.

Begründung

Die Menschen in Rudolfsheim-Fünfhaus nutzen vielfältige Formen der Fortbewegung bei Ihren Alltagswegen. Um den politischen Wunsch nach mehr Radfahrer:innen zu ermöglichen brauchen diese entsprechende Infrastruktur. Radabstellanlagen an Orten der Grundversorgung sind hier dringend notwendig.

An diesem Standort besteht eine eindeutige Lücke im Radwegenetz. An der Kreuzung befinden sich 1 Apotheke und 3 Lebensmittelgeschäfte. Außerdem würde die Schaffung einer Radabstellanlage die Sichtbeziehungen an der Kreuzung verbessern.



Quelle: Radlobby Wien

Katharina Schöll-Laussermayer

Saskia Honisch-Knecht

Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

Die neue Volkspartei
Rudolfsheim-Fünfhaus

Resolution

Erhalt der Öffnungszeiten in Wiener Familienbädern

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in Verbindung mit § 104 der Wiener Stadtverfassung in der Bezirksvertretungssitzung am 25.06.2026 folgenden Resolutionsantrag:

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus spricht sich dafür aus, dass die mit 2026 in Kraft getretene Reduktion der Öffnungszeiten der Wiener Familienbäder, insbesondere des Penzinger Familienbads Reinlgasse, welches auch von vielen Familien aus Rudolfsheim-Fünfhaus genutzt wird, zurückgenommen wird.

Begründung:

Mit Beginn des Jahres 2026 wurden die Eintrittspreise in den Wiener Bädern um durchschnittlich 6,37 Prozent deutlich erhöht. Kurz darauf wurde medial bekannt, dass darüber hinaus auch Leistungen in den städtischen Bädern zurückgefahren werden sollen. Besonders betroffen sind dabei Familienbäder, etwa durch verkürzte Öffnungszeiten. Konkret haben die Familienbäder in Zukunft im Mai und Juni nur noch von 13 bis 19 Uhr offen (bisher 10 bis 19 Uhr).

Zahlreiche Familien aus unserem Bezirk nutzen die beiden nahgelegenen Familienbäder der Stadt Wien. Das Familienbad Reinlgasse in Penzing ist nur einen Häuserblock von Rudolfsheim-Fünfhaus entfernt, das Familienbad Hofferplatz in Ottakring befindet sich ebenfalls in Gehweite für Bezirksbewohner. Beide sind für die Familien und Kinder aus Rudolfsheim-Fünfhaus wichtige Freizeit-, Bewegungs- und Begegnungsorte und leisten auch einen wesentlichen Beitrag zur Gesundheitsförderung und sozialen Teilhabe.

Preiserhöhungen bei gleichzeitigem Abbau von Leistungen treffen Familien besonders hart und stehen in keinem ausgewogenen Verhältnis zur Bedeutung dieser Einrichtungen für den Alltag der Bezirksbevölkerung. Einsparungen dürfen nicht zulasten jener Angebote gehen, die für Familien, Kinder und Jugendliche von besonderer Bedeutung sind.

BR Felix Ofner, MA
Bezirksparteiobmann

BR Ahmet Bozkurt, MA
Klubobmann

ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus
Lichtenfelsgasse 7
1010 Wien

1150@wien.oevp.at
+43 1 51543 1150

Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

Die neue Volkspartei
Rudolfsheim-Fünfhaus

Resolution

Stärkung der Verkehrssicherheit von Kindern durch Radfahrausbildung und Radfahrprüfung

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in Verbindung mit § 104 der Wiener Stadtverfassung in der Bezirksvertretungssitzung am 25.06.2026 folgenden Resolutionsantrag:

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus bekennt sich zur Stärkung der Verkehrssicherheit von Kindern und unterstreicht die Bedeutung einer umfassenden Radfahrausbildung sowie der Radfahrprüfung im Volksschulalter als wichtigen Beitrag für die sichere Teilnahme am Straßenverkehr.

Begründung:

Das Fahrrad stellt für viele Kinder einen wichtigen Bestandteil ihrer Mobilität und Selbstständigkeit dar. Gleichzeitig steigen die Anforderungen im Straßenverkehr insbesondere in einer Großstadt wie Wien kontinuierlich an.

Derzeit wird die freiwillige Radfahrprüfung nur von einem Teil der Schülerinnen und Schüler absolviert. Eine verpflichtende Fahrradprüfung würde einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit leisten und sicherstellen, dass alle Kinder über grundlegende Kenntnisse der Verkehrsregeln sowie die praktischen Fähigkeiten für eine sichere Teilnahme am Straßenverkehr verfügen.

Gerade in dicht verbauten und stark frequentierten Bezirken wie Rudolfsheim-Fünfhaus erscheint es wesentlich, Kinder frühzeitig auf einen sicheren Umgang im Straßenverkehr vorzubereiten und ihnen die dafür notwendigen Kompetenzen zu vermitteln. Eine verpflichtende Fahrradprüfung würde dazu beitragen, ein einheitliches Sicherheitsniveau zu gewährleisten und das Bewusstsein für verantwortungsvolles Verhalten im Straßenverkehr nachhaltig zu stärken.

BR Felix Ofner, MA
Bezirksparteiobmann

BR Ahmet Bozkurt, MA
Klubobmann

ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus
Lichtenfelsgasse 7
1010 Wien

1150@wien.oevp.at
+43 1 51543 1150

KPÖ LINKS

Die unterzeichnenden Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25.06.2026 folgenden Resolutionsantrag

Universitäten nicht kaputt sparen!

Die Bezirksvertretung Ruolfsheim-Fünfhaus vom 25.06.2026 spricht sich gegen die angekündigten Milliarden-Kürzungen an den österreichischen Universitäten aus, solidarisiert sich mit den Protesten zehntausender Betroffener und teilt die Sorgen der Österreichischen Hochschüler:innenschaft.

Begründung

An unseren Universitäten werden Menschen ausgebildet, die wir dringend brauchen. Schon jetzt herrscht ein Ärzt:innenmangel und tausende Lehrer:innen fehlen. Doch anstatt für ausreichend Pädagog:innen oder Chirurg:innen zu sorgen, streicht die Bundesregierung den Universitäten die Mittel.

Es droht Chaos an den Hochschulen. Forscher:innen, die ihre Jobs verlieren, überfüllte Hörsäle und abgebrochene Studien. Weniger Absolvent:innen heute sind die fehlenden Fachkräfte von morgen.

Die angedrohten Maßnahmen sind keine Finanz- sondern eine soziale Frage!

Auch viele in Rudolfsheim-Fünfhaus lebende Studierende sind durch noch längere Wartezeiten bei Lehrveranstaltungen oder verzögerte Studienabschlüsse betroffen.

Die angekündigten Milliarden-Kürzungen können zu schweren Schäden für Wissenschaft und Wirtschaft führen. Weniger Geld könnte zu Stellenabbau, einem verminderten Studienangebot und eingeschränkter Forschung führen. Gleichzeitig warnen Experten davor, dass hochqualifizierte Fachkräfte und junge Talente Österreich verlassen könnten.



DIE GRÜNEN

GRÜNE ALTERNATIVE

RUDOLFSHEIM-FÜNFHAUS

Wien, am 17.06.2026

Resolution

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrätinnen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **25.6.2026** nachstehenden Resolutionsantrag:

Weltflüchtlingstag: Rudolfsheim-Fünfhaus sagt Ja zu Solidarität und Menschlichkeit

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus bekennt sich im Rahmen des Weltflüchtlingstags vom 20. Juni, der in diesem Jahr zum 25. Mal begangen wurde, zu ihrer Verantwortung gegenüber geflüchteten Menschen, zu einer solidarischen, menschenrechtsbasierten und teilhabeorientierten Bezirkspolitik.

Begründung

Der Weltflüchtlingstag am 20. Juni bietet einen wichtigen Anlass, die Situation geflüchteter Menschen auch auf kommunaler Ebene sichtbar zu machen und politische Verantwortung zu bekräftigen. Städte und Bezirke spielen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung von Integration, sozialer Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

In Rudolfsheim-Fünfhaus leben zahlreiche geflüchtete Menschen, die vor großen Herausforderungen stehen – insbesondere im Zugang zu Wohnraum, Bildung, Arbeit sowie zu sozialen und kulturellen Ressourcen. Gleichzeitig bestehen weiterhin strukturelle Barrieren und Formen von Diskriminierung, die eine gleichberechtigte Teilhabe erschweren.

Begegnung, Austausch und gegenseitiges Verständnis sind zentrale Voraussetzungen für ein respektvolles Zusammenleben. Durch die Förderung von Begegnungsräumen zwischen Menschen mit und ohne Fluchterfahrung kann der gesellschaftliche Zusammenhalt im Bezirk nachhaltig gestärkt werden.

Die Bezirksvertretung setzt mit dieser Resolution ein klares Zeichen für eine solidarische und menschenrechtsbasierte Bezirksentwicklung, die allen Menschen unabhängig von Herkunft oder Fluchterfahrung gleiche Chancen auf Teilhabe ermöglicht.

Katharina Schöll-Laussermayer

Saskia Honisch-Knecht